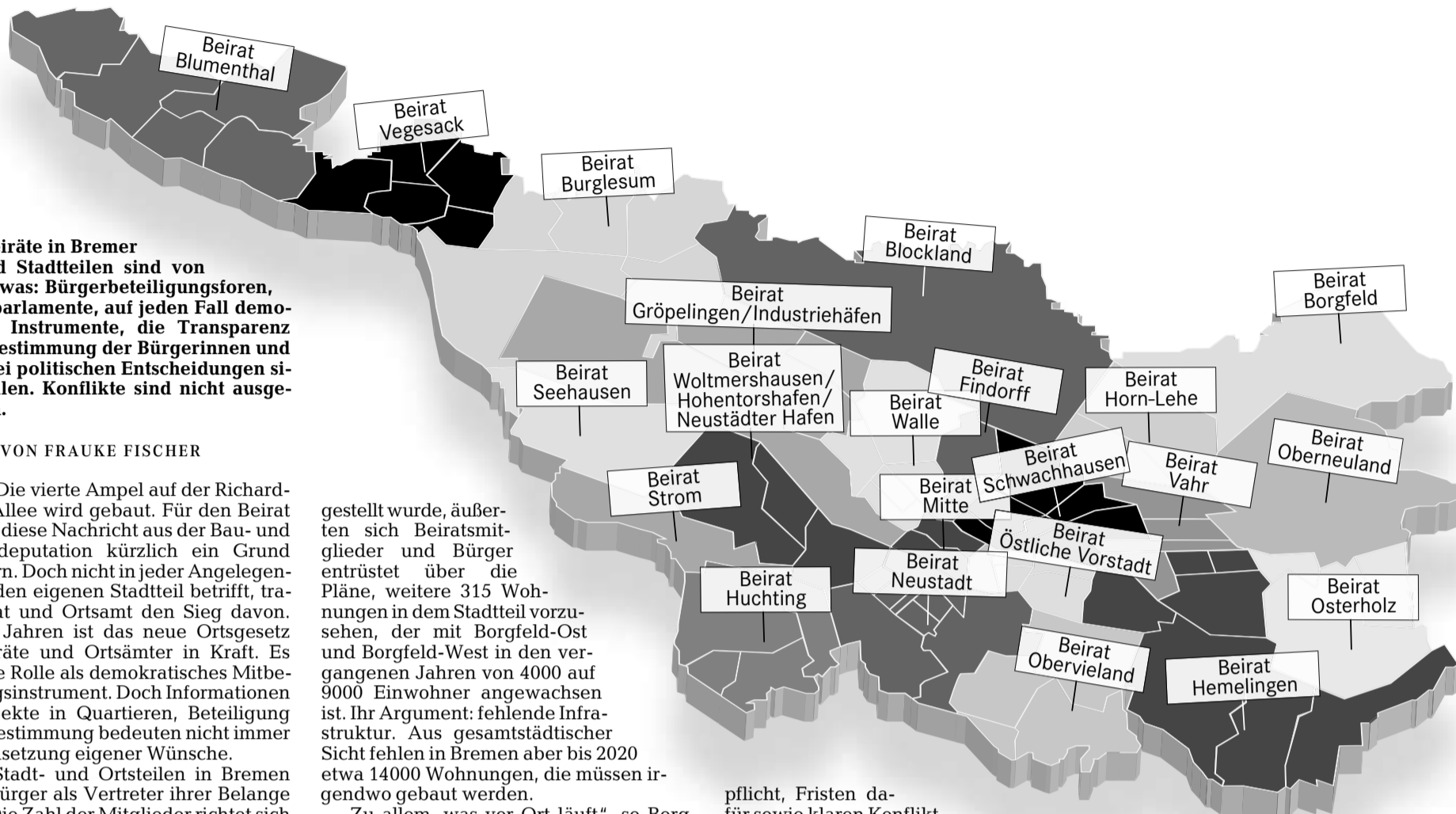


Die Mitbestimmung stößt an Grenzen

Beiräte profitieren nur zum Teil vom neuen Ortsgesetz / Evaluation in Auftrag gegeben



Die 22 Beiräte in Bremer Orts- und Stadtteilen sind von vielem etwas: Bürgerbeteiligungsforen, Stadtteilparlamente, auf jeden Fall demokratische Instrumente, die Transparenz und Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungen sichern sollen. Konflikte sind nicht ausgeschlossen.

VON FRAUKE FISCHER

Bremen. Die vierte Ampel auf der Richard-Boljahn-Allee wird gebaut. Für den Beirat Vahr war diese Nachricht aus der Bau- und Verkehrsdeputation kürzlich ein Grund zum Feiern. Doch nicht in jeder Angelegenheit, die den eigenen Stadtteil betrifft, tragen Beirat und Ortsamt den Sieg davon. Seit drei Jahren ist das neue Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter in Kraft. Es stärkt ihre Rolle als demokratisches Mitbestimmungsinstrument. Doch Informationen über Projekte in Quartieren, Beteiligung und Mitbestimmung bedeuten nicht immer die Durchsetzung eigener Wünsche.

In 22 Stadt- und Ortsteilen in Bremen wählen Bürger als Vertreter ihrer Belange Beiräte. Die Zahl der Mitglieder richtet sich nach der Einwohnerzahl der Quartiere, bis 2000 Einwohner sind es sieben Mitglieder. Die fünf Ortsteile – wie Borgfeld mit 9000 Einwohnern (elf Beiratsmitglieder) – haben dabei einen ehrenamtlichen Ortsamtsleiter, Stadtteile wie Schwachhausen einen hauptamtlichen. Jüngst ist Oberneuland mit inzwischen 13000 Einwohnern vom Orts- zum Stadtteil geworden.

„Die Beiräte haben eine Zwitterrolle. Sie sind kein richtiges Stadtteilparlament, aber auch kein reines Verwaltungsorgan beziehungsweise kein unverbindlicher Debatierklub“, sagt Lothar Probst. Der Politikwissenschaftler der Bremer Universität beschäftigt sich seit Jahren mit Parteien, neuen sozialen sowie Bürgerbewegungen in Deutschland, vielfach in Bremen. Nach dem Willen der Senatskanzlei und einem Beschluss der Bürgerschaft soll das Institut für Politikwissenschaften an der Uni eine Evaluation des Beiräte-Gesetzes vornehmen und im Frühjahr 2014 veröffentlichen.

Probst weiß um die Fallstricke des Beteiligungsinstrumentes, die sich seiner Meinung nach aus ganz bestimmten Schwachstellen des Gesetzes beziehungsweise seiner Auslegung ergeben. „Viele Konflikte entzündeten sich an mangelnder Kooperation zwischen Beiräten und senatorischen Behörden.“ Zwar ist die Berichts- und Informationspflicht der „zuständigen Stellen“ – so heißt es im Gesetzestext – gegenüber Beiräten festgeschrieben. Doch immer mal wieder fühlen sich Beiratsmitglieder zurückgesetzt. Beispiel Planungskonferenzen: Bei diesen Terminen sollen sämtliche Ressorts vorstellen, welche Pläne es für den jeweiligen Stadtteil gibt. Dabei kommen Flächenutzungsplan, Verkehrsentwicklungsplan, Lärmkataster oder Kinderbetreuungsausbau zur Sprache. Nicht immer gehen Beiratsmitglieder hinterher zufrieden nach Hause. Was aus gesamtstädtischer Sicht plausibel sein mag, kollidiert womöglich mit den Wünschen vor Ort.

„Bürgerbeteiligung muss nicht per se immer etwas Positives sein, sie kann auch übers Ziel hinausschießen“, sagt Probst. „Man muss das Gemeinwohl im Auge behalten und den Sachverstand der Bürger nutzen.“ Als jüngst in Borgfeld der Flächenutzungsplan von Behördenvertretern vor-

gestellt wurde, äußerten sich Beiratsmitglieder und Bürger entrüstet über die Pläne, weitere 315 Wohnungen in dem Stadtteil vorzusehen, der mit Borgfeld-Ost und Borgfeld-West in den vergangenen Jahren von 4000 auf 9000 Einwohner angewachsen ist. Ihr Argument: fehlende Infrastruktur. Aus gesamtstädtischer Sicht fehlen in Bremen aber bis 2020 etwa 14000 Wohnungen, die müssen irgendwo gebaut werden.

„Zu allem, was vor Ort läuft“, so Borgfelds Ortsamtsleiter Jürgen Linke, müssten Beiräte gefragt werden. „Es ist schwieriger geworden, sie zu ignorieren“, sagt er. Rechte, vergleichbar mit denen von Gemeinderäten in benachbarten niedersächsischen Gemeinden, hätten sie nicht.

Reiner Kammeyer, in der Senatskanzlei zuständig für Angelegenheiten des Stadtteilmanagements, der Beiräte und Ortsämter, sieht eine Entwicklung durch das Beiräte-Gesetz. „Früher haben die Beiräte etwas beschlossen, und es ist nichts passiert. Das hat sich geändert.“ Mit der Berichts-

pfligt, Fristen dafür sowie klaren Konfliktregelungen seien ins Gesetz „wichtige Korsettstangen“ eingebaut worden. Im Vergleich mit Stadtstaaten wie Hamburg oder Berlin, die eine Landes- und eine Kommunalverfassung haben, sagt der frühere Ortsamtsleiter: „Das Beiräte-Gesetz ersetzt in Teilen eine Kommunalverfassung.“

1,19 Millionen Euro stehen den Beiräten an sogenannten Globalmitteln zur Verfügung. Damit unterstützen sie kleinere Projekte in den Stadtteilen, die von Initiativen und Einrichtungen beantragt werden. Zu-

dem, so Kammeyer, haben Beiräte das Recht, Anträge für die Haushaltsaufstellung einzureichen. Abgelehnt werden können sie zwar, wie jüngst in der Sozialdeputation. „Aber jetzt müssen Ablehnungen begründet werden, dadurch wird Handeln transparent“, sagt Kammeyer. Außerdem könnten Anträge bei Haushaltsberatungen erneut als Belege für Notwendigkeiten in den Quartieren von Parlamentariern oder Ressortvertretern herangezogen werden.

Knapp 4,4 Millionen Euro kostet der Posten Beiräte/Ortsämter mit Personal, Raummiete und Sitzungsgeldern pro Jahr, so Kammeyer. „Dabei ist die Wertschöpfung viel größer. Es finden in den Stadtteilen schon viele Aushandlungsprozesse statt, die sonst in die Ressorts gelangen.“ Der Verwaltungsmann sieht Potenzial: „Das ist ein Prozess, der ist noch lange nicht abgeschlossen.“

„Gesetz muss gelebt werden“

Edith Wangenheim möchte Beiräte und Parlament besser verzahnen

Edith Wangenheim war 13 Jahre lang Abgeordnete der SPD in der Bürgerschaft. Jetzt ist sie Sprecherin des Beirats Woltmershausen und Vorsitzende der Beiräte-Konferenz, dem Gremium mit Vertretern aus allen Beiräten, in dem unter anderem Verfahrensabsprachen getroffen werden. Frauke Fischer hat mit ihr über die Auswirkungen des geltenden Beiräte-Gesetzes auf die Stadtteilarbeit gesprochen.

Das Beiräte-Gesetz von 2010 soll die Beiräte stärken. Senatorische Behörden müssen ihnen gegenüber Bericht erstatten und sie anhören, wenn es um stadtteilbezogene Belange geht. Heißt das aus Beirats-sicht: Alles eitel Sonnenschein? Das Gesetz ist gut, ich habe dafür und für die Zuordnung der Beiräte und Ortsämter in der Senatskanzlei gekämpft. Das werdet sie auf, aber es bedeutet auch viel Arbeit für die ehrenamtlichen Beiratsmitglieder. Das Gesetz muss erst mal gelebt werden.

Wo kann es noch besser werden? Wir müssen die Zusammenarbeit zwischen Beiräten und Bürgerschaft noch besser hinkriegen. Die Senatsressorts nehmen uns als Beiräte zwar wahr, aber auch das kann noch besser werden. Und: Wir Beiräte müs-

sen auch lernen, übergreifend zu arbeiten und über den Tellerrand zu schauen. Vieles aus dem Gesetz ist bei den Behörden noch nicht angekommen, aber bei uns Beiräten auch nicht.

Sie sehen die Verantwortung für das Gelingen offenbar nicht allein auf einer Seite. Nehmen wir mal das Beispiel Planungskonferenzen. Alle Ressorts sollen dabei vorstellen, was sie im Stadtteil vorhaben: Verkehr, Bau, Soziales. Diese Vorbereitung ist eine Wahnsinnsarbeit für die Beiräte. Sie müssen sich überall einarbeiten, und das als Ehrenamtliche. Aber die Termine sind gut, dabei geht es um Transparenz und Vernetzung. Da müssen alle anwesend sein und sich gegenseitig zuhören.

Finden sich immer genügend Menschen, die bereit zu dieser Mitarbeit sind? Die Bereitschaft wird weniger. Es ist leichter, Freiwillige für überschaubare Projekte zu finden. Sich auf lange Zeit zu binden, ist nicht mehr so gefragt. Das merken wir in den Beiräten wie anderswo auch. Aber die Möglichkeiten, in den Beiräten auch politisch im Stadtteil etwas zu bewirken, sind da.



Edith Wangenheim. FOTO: GERBRACHT

Grüne: Bibliothek wird geschlossen

Güldner: Mittelverschwendung

Bremen (wig). Die Grünen bleiben dabei: die Bürgerschaftsbibliothek soll geschlossen werden. Eine „derartige Mittelverschwendung ist in Zeiten der Haushaltsanpassung niemandem vermittelbar“, erklärte der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Matthias Güldner. Er erinnerte daran, dass die Schließung bereits im vergangenen Jahr vom Parlament beschlossen worden sei. Die Gründe dafür seien eindeutig: Die Bestände, so der Fraktionschef, seien „weitgehend auch in anderen Bibliotheken in Bremen vorhanden“. Zudem könnten sie überwiegend im Internet abgerufen werden, was von den Abgeordneten und ihren Mitarbeitern auch „intensiv genutzt“ werde. Die qualifizierten und engagierten Beschäftigten der Bibliothek, so Güldner, könnten in der Bürgerschaft oder an anderen Stellen im öffentlichen Dienst gut eingesetzt werden.

Bremerin gewinnt Plakatwettbewerb

Bremen (xkw). Die Bremer Schülerin Liane Kluge (14) ist Bundessiegerin in der Kategorie „Junge Künstler“ beim Plakatwettbewerb gegen Komasaufen. Daran hatten sich seit Februar 17000 Schüler beteiligt. Der DAK-Wettbewerb stand unter dem Motto „Bunt statt blau – Kunst gegen Komasaufen“.

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Mechthild Dyckmans, die Mitglieder der Band „Luxuslärm“ und der Chef der DAK-Gesundheit, Herbert Rebscher, entschieden sich für die Arbeit von Liane. Damit gewann die Bremerin den Hauptpreis von 300 Euro. Ihr Plakat zeigt in der Mitte eine große Flasche mit der Aufschrift „Alkohol isoliert“, die wie eine Trennwand zwischen einer bunten und einer von Alkohol geprägten Welt steht. „Fröhlichkeit, Gemeinschaft und Freude sind nur ohne Alkohol zu erreichen“, meinte Liane bei der Preisübergabe in Berlin. Nach der jüngsten Statistik landeten 2011 insgesamt 26349 deutsche Kinder und Jugendliche zwischen zehn und 20 Jahren mit einer Alkoholvergiftung im Krankenhaus. Den stärksten Anstieg gab es bei den Zehn- bis 15-Jährigen. Die besten Plakate des Wettbewerbs werden nach den Sommerferien bundesweit in Schulen gezeigt.



Liane Kluge mit ihrem Siegerplakat. FOTO: FR

STADTUMSCHAU

Die Deputation für Kultur tritt am kommenden Dienstag, 11. Juni, 12.30 Uhr, zu ihrer nächsten öffentlichen Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Entwürfe für die Haushalte 2014 und 2015 sowie Berichte zur Weserburg und zum Kommunalkino. Die Sitzung findet im Wall-Saal der Stadtbibliothek, Am Wall 201, statt.

Cash-up, ein Projekt zur Schuldenprävention für Jugendliche und junge Erwachsene sucht noch freiwillige Helfer. Wer ehrenamtlich in diesem Bereich tätig sein möchte, ist zu einem Informationsnachmittag eingeladen. Er findet am Mittwoch, 12. Juni, 16 Uhr, im „Kapitel 8“, Domsheide 8, statt.

Kinder und Jugendliche können sich wieder beim Wettbewerb Deutscher Multimediale Preis beteiligen. Die Jury vergibt Preise in verschiedenen Alterskategorien vom Vorschulalter bis 25 Jahre. Projekte können bis zum 23. September eingereicht werden. Mehr Infos unter www.mb21.de, Anmeldung unter www.anmeldung.mb21.de.

Zweiwöchige Jugendcamps veranstaltet der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge wieder im Juli und August. Mit Bürste und Eimer reinigen die Jugendlichen Kriegsgräber sowie Gedenkstätten und nehmen außerdem an einem umfangreichen Ausflugs- und Kulturprogramm teil. Es gibt noch Restplätze für Großbritannien und die Tschechische Republik. Infos und Anmeldung unter Telefon 32 40 05.

„Diagnose Parkinson – und jetzt?“ Zu diesem Thema findet am Mittwoch, 12. Juni, 17 Uhr, eine Info-Veranstaltung im Begienhof statt. Anmeldung unter Telefon 5599392.

REDAKTION BREMEN
Telefon 0421/36 71 36 90
Fax 0421/36 71 10 06
Mail: lokales@weser-kurier.de

EINBLICK – MENSCHEN IN BREMEN

Der Prinz und die Kulturaktivistin

VON SIGRID SCHUER

Seit er vor zehn Jahren den Bestseller „Manieren“ veröffentlichte, gilt Prinz Asfa-Wossen Asserate als äthiopischer Nachfolger des aus Bremen stammenden Freiherrn Knigge. 2009 war er Schirmherr der „Manieren“-Ausstellung im Focke-Museum. Diese Woche konnte Thomas Gerkmann, Honorarkonsul der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien, die Kaiserliche Hoheit in Bremen begrüßen. Asfa-Wossen Asserate stellte im Hermann-Ehlers-Haus an der Lilienthaler Heerstraße sein jüngstes Buch „Deutsche Tugenden – von Anmut bis Weltschmerz“ vor. Was manch einer nicht wusste: Der Prinz ist nicht nur ein Anhänger deutscher Tugenden, er war während seines Studiums in Tübingen auch Mitglied der Studentenverbindung Corps Suevia Tübingen. In Deutschland und Cambridge studierte er Volkswirtschaft, Jura und Geschichte und ist seit 1981 deutscher Staatsbürger. „Ich bin ein Wanderer zwischen zwei Welten. Frankfurt ist meine Heimat, Äthiopien ist mein

Vaterland“, sagt er von sich. In seinem geistreichen Vortrag räumte er mit so manchem Vorurteil auf, beispielsweise mit der angeblichen deutschen Humorlosigkeit. Allerdings könnten die Deutschen auch ein bisschen etwas von einer afrikanischen Tugend lernen, der Lässigkeit, so der Prinz. Er monierte, dass die westliche Welt den Gott Mammon an die Stelle des Ein-



Prinz Asfa-Wossen Asserate stellte sein Buch im Hermann-Ehlers-Haus vor. FOTO: KOCH

Gott-Glaubens gesetzt habe. „Nicht das Geld, sondern das Christentum ist die Basis der europäischen Kultur“, betonte Asserate. Trotzdem gab der Unternehmensberater und politische Analyst dann noch spannende Einblicke in die wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents. „Mein innigster Wunsch ist es, dass der deutsche Mittelstand nicht den Zug verpasst. Wir haben ein wirtschaftliches Wachstum von sechs bis acht Prozent pro Jahr“, sagte Asfa-Wossen Asserate. Denn in Afrika seien zurzeit schon 6200 chinesische Firmen präsent. 2012 hätten Europa und die USA lediglich 44 Milliarden Dollar in Afrika investiert, China allerdings 220 Milliarden Dollar.

Ohne Geld keine Kultur. Das ist besonders im Haushaltsnotageland Bremen ein schwieriges Unterfangen. Um das immer wieder deutlich zu machen, bedarf es so engagierter Streiterinnen für die Kultur wie Katrin Rabus. Bei den „Stadtgesprächen in Findorff“ nahm die Trägerin des französischen Verdienstordens, die Anfang der 1990er Jahre mit dem damaligen,

streitbaren Bremer Theaterintendanten Klaus Pierwoß die Kulturinitiative „Anstoß“ gründete, Stellung zum Thema „Kunst und Kultur – kaputt gespart?“ Das gelte in Bremen vor allem für die zeitgenössische Musik und die zeitgenössische Kunst. „Damals konnten wir es mit ‚Anstoß‘ verhindern, dass der Kulturretat um zehn Millionen gekürzt wurde“, erinnerte sich Katrin Rabus. Von der Stimmung des Kulturkampfes der 1990er-Jahre zehre die Stadt bis heute, sodass bis jetzt noch alle großen Einrichtungen erhalten seien. Eine entscheidende Rolle bei der Protestbewegung hätten Öffentlichkeit und Medien als „Schmiermittel“ gespielt, das sei heute leider kaum noch so, bedauert Rabus, die auch die „starke Behörden- und Bürokratiestruktur“ in Bremen kritisiert. Der Politik sei es schließlich gelungen, die Solidarität der bei „Anstoß“ organisierten Institutionen zu knacken, indem der damalige Wirtschaftsminister Perschau in der Kulturszene die Parole ausgegeben habe: „Wenn ihr ruhig seid, bekommt ihr Geld!“

